Wirtschaft fordert „Wachstum first“ für Berlin

13.04.26 | Berlin

Wirtschaft fordert „Wachstum first“ für Berlin

Abgeordnetenhauswahl 2026: UVB will mehr Freiraum für Unternehmen

Berlins nächste Landesregierung muss die Weichen für mehr Wachstum und Investitionen in der Hauptstadt stellen. Zugleich soll sie die Wirtschaft dabei unterstützen, widerstandsfähiger gegen Krisen und Bedrohungen von außen zu werden. Das fordern die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) mit Blick auf die anstehende Wahl zum Abgeordnetenhaus. Unter dem Titel „Wachstumsstark. Widerstandsfähig. Sicher“ hat der Spitzenverband am Mittwoch seine Kernforderungen an die Politik für die Zeit bis 2031 vorgelegt.

„Der Standort Berlin steht unter Druck. Die zahlreichen Krisen, in der Ukraine wie am Persischen Golf, teure Energie und die hohen Kosten machen vielen Betrieben zu schaffen. Zudem zeigen Anschläge auf die Infrastruktur und Cyber-Attacken eine wachsende Bedrohung. Die Politik muss die Wirtschaft dabei unterstützen, stabiler und resilienter zu werden“, sagte UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp. Die Unternehmensverbände fordern drei Schwerpunkte für die Wirtschaftspolitik in der nächsten Legislaturperiode:

Die Agenda der Unternehmensverbände für ein dynamisches Berlin. Darin entwickelt der Spitzenverband zehn zentrale Forderungen, die die Stadt auf Kurs halten sollen.

Zehn Punkte zum Download.

1. Wachstum first: Wettbewerbsfähigkeit durch mehr Freiraum für die Wirtschaft

Die UVB fordert ein klares Bekenntnis zu einer wachstumsfreundlichen Politik, die Unternehmen entlastet, statt sie zu gängeln.

- **Wachstum first:** Die nächste Landesregierung müsse den Fokus auf mehr Dynamik legen, um im Standortwettbewerb – etwa gegen erstarkende Konkurrenten wie München im Start-up-Bereich – zu bestehen.
- **Bürokratieabbau:** Berlin muss bei der Verwaltungsreform vorankommen, Ämter digitalisieren und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen.
- **Stopp staatlicher Eingriffe:** Die UVB spricht sich strikt gegen die geplante Ausbildungsplatzabgabe aus. Sie bedeute überflüssige Bürokratie und hohe Kosten für die Firmen, gehe aber an den tatsächlichen Problemen vorbei.,

2. Wohnungsbau-Offensive: 100.000 neue Wohnungen

Um den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu bekämpfen, setzt die Wirtschaft auf Neubau statt auf zusätzliche Regulierung.

- **Neubau-Ziel:** Die UVB schlägt ein Konzept für 100.000 zusätzliche Wohnungen binnen zehn Jahren vor. Dazu brauche es mehr Bauflächen sowie einfacheres und schnelleres Bauen.
- **Marktwirtschaftliche Lösungen:** Jede Form von Vergesellschaftung sei schädlich, warnt die Wirtschaft. „Klassenkampf schafft keine einzige neue Wohnung. Wir brauchen mehr Vertrauen in private Investitionen“, unterstrich Schirp.

3. Resilienz und Sicherheit: Schutz der Infrastruktur

Nicht erst seit dem Stromausfall Anfang 2026 im Berliner Südwesten hat laut der UVB gezeigt, dass Sicherheit die Basis für wirtschaftlichen Erfolg ist und gestärkt werden muss.

- **Infrastruktur schützen:** Der Staat muss den Unternehmen eine widerstandsfähige öffentliche Infrastruktur zur Verfügung stellen, die gegen Angriffe von außen sicher ist. Nötig sind höhere öffentliche Investitionen in stabilere Netze, Schutzkonzepte und hochsichere IT-Systeme.
- **Chance durch mehr Sicherheit:** In der steigenden Nachfrage nach Verteidigungstechnologie und Cybersicherheit sieht die UVB enorme Potenziale für Berlins High-Tech-Sektor und die Start-up-Szene.

Zusammenarbeit mit Brandenburg als Schlüssel

Berlin könne diese Ziele am besten gemeinsam mit Brandenburg erreichen. Dazu müsse es eine vertiefte Kooperation in Zukunftsfeldern wie LifeSciences, IT-Sicherheit und digitaler Produktion geben. Einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zufolge könne die Wirtschaftskraft so um zweistellige Milliardenbeträge steigen. „Berlin muss seine Potenziale nutzen, um Technologien und Märkte von morgen zu gewinnen. Wirtschaftspolitische Experimente dagegen schaden dem Standort. Wir wollen nach vorne blicken, nicht zurück“, befand Schirp.

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Agenda zum Download

Wachstumsstark. Widerstandsfähig. Sicher

Zehn Punkte zum Herunterladen (2,9 MB)

UVB-Agenda zur Abgeordnetenhaus-Wahl

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:
+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF